

Alternativen, Brüche und Wendepunkte auf dem Weg zur doppelten Staatsgründung¹

Rolf Badstübner

Beim bevorstehenden 60. Jahrestag der Gründung von BRD und DDR dürfte es – insoweit dieses historische Ereignis überhaupt als *doppelte* Staatsgründung wahrgenommen werden wird² – bezogen auf Ostdeutschland vor allem um eine Streitfrage gehen, die Peter Graf Kielmannsegg so problematisierte: „Stand der Neubeginn im anderen Teil Deutschlands wirklich im Zeichen einer radikaleren, glaubwürdigeren, zukunftsweisenderen Absage an die Vergangenheit als der Neubeginn im Westen, einer Absage, aus der dem SED-Staat trotz allem eine Art historischer Rechtfertigung hätte zuwachsen können oder zugewachsen ist? Nicht wenige Intellektuelle in der DDR, der Bundesrepublik, weltweit sind, zumal in ihrer Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Staat, erstaunlich geneigt gewesen, diese Frage zu bejahen.“³

So erstaunlich ist das allerdings keineswegs. Für diese Bejahung gab es vielmehr gute Gründe, die vor allem in der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte wurzelten. Nicht zufällig wurde diese daher schon zu Bonner Zeiten in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung – mit nur wenigen Ausnahmen – marginalisiert und nun in den seit 1990 stärker dominierenden Sichtweisen weithin verdrängt.⁴

1 Ausführlicher dazu Rolf Badstübner: Vom ‚Reich‘ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999; ders.: Clash. Entscheidungsjahr 1947, Berlin 2007.

2 Vieles – wie z. B. die Neujahrsansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel – deutet darauf hin, dass die Berliner Republik 2009 offiziell nur den 60. Jahrestag der Gründung der Bonner Republik als Vorgeschichte zur Kenntnis nehmen will und zu feiern beabsichtigt.

3 Peter Graf Kielmannsegg: Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945-1990, München 2007, S.127. Es ging aber nicht nur um viele Intellektuelle, sondern auch um viele Widerstandskämpfer und Antifaschisten, die sich für das „andere Deutschland“ entschieden.

4 Siehe neben Kielmannsegg beispielsweise Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999; ders.: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002 und Bonn 2002 (= Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung; bpb); Konrad Jarasch: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004 (bpb); Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006 (bpb); Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Viertes Bd.: 1919-1949, München 2003; Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen, Bd. II: Deutsche Geschichte von 1933-1990, München 2000 und Bonn 2005 (bpb).

1. Verdrängte Wahrheiten

Das Bemerkenswerteste an der Parteienlandschaft am Beginn der Nachkriegszeit war, dass es nicht bei der Abrechnung mit Faschismus und Militarismus und dem „deutschen Sonderweg“ und einer Orientierung auf Demokratie blieb, sondern dass weit über die Arbeiterbewegung hinaus eine mit prosozialistischen Orientierungen und Perspektiven verbundene, leidenschaftliche Ächtung bzw. historische Verurteilung des Kapitalismus, insbesondere des Großkapitals, erfolgt war. So, wenn die (westzonale) SPD in ihren auf dem 1. Parteitag im Mai 1946 verabschiedeten programmatischen „Leitsätzen“⁵ einen demokratischen Sozialismus zur „Tagesaufgabe“ erklärte, die bei der „Sozialisierung“ der Grund- und Schlüsselindustrien und einer sofortigen Einleitung einer grundlegenden „Agrar- und Bodenreform zu beginnen habe [...] unter Enteignung der Großgrundbesitzer“. Die SPD betonte außerdem, dass in diesem Nachkriegsdeutschland die Demokratie den Sozialismus erfordere und dieser wiederum die Demokratie.

Das schien die KPD ähnlich zu sehen. Sie orientierte in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 dezidiert auf antifaschistisch-demokratische Aufgaben.⁶ Charakteristisch war ein Bekenntnis zur Demokratie,⁷ was immer darunter zu verstehen war.⁸ Als Stalin die Gründung der SED „absegnete“, orientierte er, bei prononcierter Betonung des Unterschiedes zwischen Deutschland und dem Russland der Oktoberrevolution, auf die unbedingt zu berücksichtigenden „parl[amentarischen] Traditionen“ hierzulande und auf die daraus resultierende Möglichkeit und Notwendigkeit, „auf demokrat[ischem] Weg zur Arbeitermacht – nicht Diktatur“ zu gelangen.⁹ Diese Orientierung, die für die Konsensbildung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mit Blick auf die Vereinigung von entscheidender Bedeutung war, baute Anton Ackermann im Auftrage der KPD-Führung in seinem Artikel in der ersten Nummer der „Einheit“ vom Februar 1946 zu einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ aus. Darin wurde die Möglichkeit eines demokratischen und friedlichen Weges zum Sozialismus gemäß den deutschen Bedingungen begründet. Im Oktober 1946 ging Ackermann – allerdings

5 Abgedr. in: Hans-Jörg Ruhl (Hrsg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, München 1982, S.227-233.

6 Zweifellos war die Moskauer Führung der KPD infolge ihrer Arbeitsmöglichkeiten, der Informationen, die sie erhielt, und des Kontaktes zu vielen Fachleuten unter den Kriegsgefangenen am besten auf die Besatzungszeit vorbereitet. Siehe auch: Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.): „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

7 Siehe auch Wolfgang Zank: Als Stalin Demokratie befahl, in: Die Zeit, 16.6.1995, S.42.

8 Siehe dazu auch die „Erinnerungsberichte“ von Wolfgang Leonhard und Stefan Doernberg in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Enquetekommission „Leben in der DDR. Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“, Bd. 1, o. O. 1996, S.171f., 177f.

9 Aufzeichnung Wilhelm Piecks über den Bericht Walter Ulbrichts, der sich vom 28.1. bis zum 6.2.1946 in Moskau aufhielt, in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994 (künftig abgekürzt: Pieck-Notizen), S.68.

schon nicht mehr unwidersprochen – noch weiter, indem er die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats mit den spezifisch russischen Bedingungen in Verbindung brachte, während in Ländern, in denen die Arbeiterklasse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildete, demokratische Wege und Herrschaftsmethoden möglich und geboten seien.¹⁰ Ansatzweise brachte Ackermann auch schon Korrekturen am Sozialismusbild, wie es theoretisch, aber noch mehr von der sowjetischen Realität geprägt wurde, in die Diskussion ein.¹¹

Die SED definierte sich gemäß den Beschlussdokumenten des Vereinigungsparteitages¹² als eine unabhängige, nationale und zugleich demokratische und sozialistische Partei, deren Gegenwartsziel eine „antifaschistisch-demokratische, parlamentarische Republik“ mit Gewissens-, Glaubens-, Meinungsfreiheit, umfassenden sozialen und Menschenrechten sei. Sie bekannte sich zu einem „demokratischen Weg zum Sozialismus“ in Verbindung mit der „Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse“, zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit einer „sozialistischen Warenwirtschaft“, in der auch „Klein- und Mittelbesitzer“ ihren Platz haben, die eine „voll entfaltete Demokratie“, „ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit“ schafft. In einem im Auftrag des Zentralsekretariats von Wolfgang Leonhard verfassten Schulungsheft „Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei“ war zu lesen: „Die SED muß eine wahrhaft demokratische Partei sein. [...] Der Weg, den wir gehen werden, kann weder eine schematische Übertragung der Entwicklung der Sowjetunion noch eine schematische Übertragung der englischen und amerikanischen Verhältnisse auf Deutschland sein.“¹³

Aber auch die neuen christlich-demokratischen Sammelparteien orientierten sich, unter Absage an den Kapitalismus, mehr oder weniger stark an einem christlichen Sozialismus, der, wie im Kölner Gründungsauf Ruf und in den „Frankfurter Leitsätzen“ der CDU, den Gedanken von der Überführung von Grund- und Schlüsselindustrien und Großbanken in Gemeineigentum einschloss.¹⁴ Dies wurde seitens der Ostzone flankiert durch den Parteivorsitzenden Jakob Kaiser, der, ausgehend von der Position, dass das „bürgerliche Zeitalter“ zu Ende sei, mit Blick auf ganz Deutschland und als vehementer Fürsprecher eines christlichen Sozialismus eine Brücke zwischen Ost und West schlug. Auf einen Nenner gebracht könnte man sagen: Die Überwindung von Nazismus und Militarismus wurde weithin mit der Orientierung

10 Siehe Stenographische Niederschrift von der 6. Tagung des Parteivorstandes der SED (2. Teil), BArch, DY 30, IV 2/1/5, Teil 2, Bl.15f.

11 Siehe Anton Ackermann: Unsere kulturpolitische Sendung, in: Erste Zentrale Kulturtagung der KPD, Berlin 1946, S.36f.

12 Siehe „Grundsätze und Ziele“ und das vom Vereinigungsparteitag 1946 angenommene „Manifest an das Deutsche Volk“, in: Dokumente der SED, Bd. I, Berlin 1951, S.5-10, 24-30.

13 Zit. nach den Ausführungen Leonhards in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Enquete-Kommission 1996, Bd. 1, S.190.

14 In der „Information für politische Bildung“ Nr. 259 unter dem Titel „Deutschland 1945-1949“, überarb. Neuauflage 2005, werden diese Gründungsdokumente dem Leser vorenthalten und stattdessen die „Düsseldorfer Leitsätze“ von 1949 abgedruckt.

auf „Dritte Wege“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus verbunden. All das und auch das Folgende wird vom Mainstream der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung heute weitgehend ausgeblendet und marginalisiert.

2. Konsens im alliierten Deutschlandprojekt

Dazu gehört auch, dass die Nachkriegsentwicklung zunächst deutlich im Zeichen eines alliierten Deutschlandprojektes stand. Als ein Kompromiss zwischen den beteiligten Mächten liefen gemeinsame Planungen ebenfalls sehr stark auf einander angenäherte „Dritte Wege“ hinaus. Die Menschheitskatastrophe des Zweiten Weltkrieges und der Zivilisationsbruch des Holocaust hatte die Völker der Vereinten Nationen allenthalben zur Suche nach neuen Wegen in eine bessere Welt aufgerüttelt. Der vom „New Deal“-Präsidenten Franklin D. Roosevelt verfolgte Politikansatz der „One World“ zielte auf so etwas wie „Wandel durch Annäherung“ und vor allem darauf, den Weltfrieden und die Zivilisation auf neue Weise dauerhaft zu sichern und einen dritten Weltkrieg um jeden Preis zu verhindern.

Vor allem galt es zunächst, das deutsche Massenvernichtungspotenzial und den Aggressionsherd, von dem zwei Weltkriege ihren Ausgang genommen hatten, ein für alle Mal und mit erforderlicher Rigorosität zu beseitigen bzw. das Land zu „befrieden“. Um das alles zu gewährleisten, war die Fortsetzung der Antihitlerkoalition im und bei der Gestaltung des Friedens in Europa unerlässlich. Und wenn sich deren Hauptmächte in Jalta dezidiert dieser ihrer Verantwortung stellten, dann meinten sie das ernst, und es sollte auch von der Geschichtsschreibung ernst genommen werden. Die damit verbundene Problematik sollte entsprechend behandelt und nicht leichthin als bloße Chimäre eines „widernatürlichen Bündnisses“ abgetan werden, wie es in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung seit den Fünfzigerjahren weithin üblich ist.

Von Ende 1943 an bis zur Potsdamer Konferenz 1945 kristallisierte sich in den Beratungen und Beschlüssen – Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Positionen der „Großen Drei“ überbrückend – das gemeinsame alliierte Deutschlandprojekt heraus. Das war möglich, weil sich in den USA und in Großbritannien eine stark gesellschaftspolitische Sichtweise in Bezug auf den Nationalsozialismus und den preußisch-deutschen Militarismus durchgesetzt hatte, womit eine Annäherung an sowjetische Positionen stattfand. Auf der anderen Seite machte Josif Stalin in der deutschen Frage ein Zugeständnis an das westalliierte Demokratiekonzept.¹⁵ Dieses Deutschlandprojekt beinhaltete gesellschaftspolitische Umgestaltungen, Inhaftierung und Bestrafung von Schuldigen, Elitenwechsel, Umerziehung und Anderswerden, wobei dem Nürnberger Prozess mit seinem Vorstoß in neue völkerrechtliche Dimensionen eine besondere Bedeutung zu-

¹⁵ In diesem Sinne auch Jan Foitzik: „Kein Dissenz zwischen den Siegermächten herrschte ursprünglich über die allgemeinen Besatzungsziele“, in: Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD): Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945-1949, München 2005, S.32.

kam.¹⁶ Nazismus und preußisch-deutscher Militarismus sollten nicht nur in ihren Erscheinungsformen liquidiert, sondern – mehr noch – mit ihren gesellschaftlichen Grundlagen und Verwurzelungen, mit ihren Ideologien samt allen reaktionären Traditionen ausgerottet werden. Dazu bedurfte es eines radikalen Zugriffs im Rahmen einer alliierten Besatzungsdiktatur, wesentlicher Strukturveränderungen im Zuge einer weitgehend „von oben“ gesteuerten, längeren gesellschaftspolitischen Transformation. Insoweit dies praktiziert wurde, muss die Besatzungsherrschaft (vor allem in den ersten beiden Jahren) als eine „Transformationsperiode der Gesellschaftsgeschichte“¹⁷ begriffen und dem gemäß dargestellt werden. Diese aus soziologischer Sicht erhobene und überzeugend begründete Forderung findet in der zeitgeschichtlichen Literatur jedoch (fast) keine Berücksichtigung, wodurch von der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte meist nur ein diffuses Bild übrig bleibt. Unverständlich, dass ausgerechnet in einer Gesellschaftsgeschichte wie der von Hans-Ulrich Wehler dies einfach ignoriert wird.¹⁸

Gegner oder Kritiker radikaler Positionen befanden sich in den Regierungen in Washington und London, in den zonalen Militärverwaltungen sowie in der öffentlichen deutschen Nachkriegsgesellschaft zunächst eindeutig in der Defensive. So betonte der Stellvertreter des US-Militär-Gouverneurs Lucius D. Clay in einer Unterredung mit dem Stellvertretenden Obersten Befehlshaber und Vizechef der SMAD Vasilij D. Sokolovskij Ende Oktober 1945 die weitgehende Übereinstimmung der Positionen in allen wichtigen Fragen – mit Ausnahme der Reparationsfrage.¹⁹ Und auch noch Monate später sah das der in Washington amtierende Staatssekretär der USA Dean Acheson ähnlich, wie aus seiner vertraulichen Botschaft vom 5. Mai 1946 an US-Außenminister James F. Byrnes, der zur Konferenz des Rates der Außenminister in Paris weilte, hervorging. Darin sprach er sich dafür aus, die Anstrengungen für eine gemeinsame Politik mit der Sowjetunion in der deutschen Frage zu verstärken. Es gebe übereinstimmende Interessen. Acheson sah beide Hauptmächte als Partner in einer „wirksamen Aktion gegen die deutschen Kombinate und Trusts“. Er befürwortete Vereinbarungen über „die Aufteilung der großen Güter und die Nationalisierung des Eigentums von Kombinat, überführten Nazis und Kriegsverbrechern etc.“, „um Klassen, die in der Vergangenheit den Nazismus oder extremen Nationalismus unterstützt haben, zu eliminieren“.²⁰ Offensichtlich lagen auch den von Byrnes entwickelten Plänen für eine 25-jährige und dann sogar 40-jährige Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands unter alliierter Kontrolle ähnliche Positionierungen

16 Siehe dazu insbesondere Joachim Perels: *Entsorgung der NS-Herrschaft?* Hannover 2004, S.91-105.

17 Uta Gerhardt: *Soziologie der Stunde Null*, Frankfurt am Main 2005, S.15.

18 Näheres dazu in einer Rezension in diesem Heft, S.216-220.

19 Siehe *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948*, Dokumente bearbeitet u. hrsg. von Jochen P. Laufer u. Georgij P. Kynin, Bde. I-III, Berlin 2004, hier Bd. II, S.127.

20 *Foreign Relations of the United States (FRUS)*, 1946, Vol. V, Washington 1969, S.553 (Übersetzung – R. B.).

zugrunde, die allerdings in Washington schon nicht mehr unumstritten waren.²¹ Eine Realisierung dieser Pläne hätte zweifellos zu einem anderen Verlauf der Nachkriegsgeschichte geführt – vor allem dann, wenn sie von einem europäischen Kooperativsystem flankiert worden wären.

Von der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht 1945 bis zur Moskauer Konferenz des Rates der Außenminister im März/April 1947 reichte die Zeit der Kooperation, die geprägt war von einer zügigen und intensiven Arbeit des Alliierten Kontrollrates (mit drei Proklamationen, vier Befehlen, 43 Gesetzen und 40 Direktiven bis Ende November 1946²²) und der Militärregierungen bzw. -verwaltungen in den Zonen. Eine Zeit, die trotz aller Konflikte und einer ungeheuren Anhäufung schwierigster Probleme bemerkenswerte Ergebnisse zeitigte.²³ In allen Besatzungszonen wurde ein großer Personenkreis inhaftiert und/oder aus seinen Positionen in Verwaltungen, Wirtschaftsleitungen sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen entfernt. Schuldige wurden in großer Zahl angeklagt und verurteilt. In allen Besatzungszonen schritt eine mehr oder weniger umfassende und konsequente Entnazifizierung und „Säuberung“ zügig voran. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) verband sich damit auch ein Elitenwechsel in den Verwaltungen, wo nun in hohem Maße Antifaschisten in leitende Positionen gelangten und das Berufsbeamtentum als solches eliminiert wurde. In Gerichten und Schulen wurden mit der Ausbildung von Volksrichtern und Neulehrern neue Wege beschrritten. Mit der demokratischen Schulreform, die an schulreformerische Bestrebungen in der Weimarer Republik anknüpfte, wurde in der SBZ eine zukunftsweisende Umgestaltung des Bildungs- und Erziehungswesens eingeleitet. Überall wurden Anstrengungen unternommen, die Rassenideologie und andere geistige Erscheinungsformen von Nazismus und Militarismus zu überwinden. Das geistig-kulturelle Leben stand deutlich im Zeichen von Neuanfang und Anderswerden. Auch in den Westzonen traten vielfältige schulreformerische Bestrebungen und solche zur Reform des Beamtentum hervor, die jedoch noch nicht durchschlagend zum Zuge kamen.

Bodenreformen unter Beseitigung der Machtpositionen von Adel und Großgrundbesitz und die Liquidierung der Macht von Monopolvereinigungen bildeten zentrale Bestandteile des gemeinsamen alliierten Deutschlandprojektes. In der SBZ wurde in diesem Kontext eine Bodenreform 1945 zügig – allerdings ohne Abstimmung mit den Westalliierten – durchgeführt. Ihr lag ein grobschlächtiges sowjetisches Konzept zugrunde,²⁴ aber nichtsdestotrotz wurden die mit der Bodenreform angestrebten wichtigsten Ziele erreicht: Junkertum und Großgrundbesitz entmachtet und damit ein wichtiger Beitrag geleistet zur Besei-

21 Moskau erkannte nicht die damit verbundene Chance für eine modifizierte Regelung der deutschen Frage. Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. III, S.138, 184, 268.

22 Siehe Auflistung im Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 12, S.247-250.

23 Keine Fortschritte gab es allerdings infolge der französischen Blockade hinsichtlich gesamtdeutscher Regelungen sowie bei der Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit infolge der sowjetischen Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion.

24 Siehe detailliert: Badstübner, Vom ‚Reich‘, S.158-166.

tigung von Kohorten und Bastionen des preußisch-deutschen Militarismus, der politischen Reaktion und nicht zuletzt des Nazismus; die Herrschaft des Adels, der Grund- und Gutsbesitzer über Bauern und Dörfer gebrochen; Bodenunrecht wiedergutmacht bzw. eine gerechtere Bodenverteilung zugunsten von Umsiedelten und Vertriebenen, landarmen Bauern und Landarbeitern vorgenommen; die Eigentums- und Machtverhältnisse auf dem Lande demokratisiert.

Vielleicht noch stärker als gegenüber Junkern und Großgrundbesitzern war bei und nach Kriegsende der alliierte Grundkonsens darüber ausgeprägt, dass die deutschen Wirtschaftseliten in Industrie- und Bankwesen in einem hohen Maße in die nationalsozialistische Politik und damit auch in Nazi- und Kriegsverbrechen verstrickt waren, dass sie eine Mit- oder gar Hauptverantwortung für Nazismus und Krieg trugen, insbesondere für Kriegsrüstung, -vorbereitung und -durchführung. Sie waren die Hauptprofiteure von Nationalsozialismus und Krieg gewesen, nicht zuletzt durch wirtschaftliche Expansion, durch die Ausplünderung vieler Länder, durch die Ausbeutung von KZ-Insassen und anderen Zwangsarbeitern, in Folge von „Arisierung“ jüdischer Banken und Betriebe und der Aneignung und „Verwertung“ jüdischen Eigentums. Deshalb war man sich weitgehend darin einig, dass diese Eliten aus verantwortlichen Positionen zu entfernen und zu inhaftieren seien, um sie juristisch zu belangen. Ihre notwendige Entmachtung schloss auch aus US-amerikanischer Sicht Enteignungsmaßnahmen ein.²⁵ Die britische Regierung bekundete in schwieriger Wirtschaftslage fürs eigene Land Sozialisierungsabsichten.

Ein weiterer Aspekt des alliierten Grundkonsenses bestand in der Auffassung, dass die besondere Konzentration wirtschaftlicher Macht in Deutschland, in der man einen Ursprung für kriegerische Aggressionen sah, zusammen mit der deutschen Rüstungsindustrie beseitigt werden müsse. Das richtete sich gegen die deutschen Großbanken, Trusts, Konzerne, Syndikate und Kartelle, von denen die Ruhrmontankonzerne besonders im Blickfeld lagen. Im alliierten Gespräch war außerdem eine mögliche Kontrolle durch die Internationalisierung des Ruhrgebiets.

Parallel dazu bemühte man sich im Kontrollrat, zu einer einvernehmlichen Regelung in Bezug auf die Beseitigung von Monopolvereinigungen, insbesondere von Konzernen, Trusts und Kartellen, zu gelangen.²⁶ In der Arbeitsgruppe „Dekartellisierung“ kam dazu ein sowjetisch-amerikanisch-französischer Gesetzesentwurf zustande, der dem Wirtschaftsdirktorat vorgelegt wurde.²⁷ Er stieß allerdings auf britische Einwände,²⁸ wodurch endgültige Entscheidungen hinausgeschoben wurden.

In den westlichen Besatzungszonen erfolgten umfangreiche Beschlagnahmungen, von denen verschiedene Banken, der Ruhrbergbau, die Eisen- und Stahlin-

25 Siehe Doris Winkler: Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945-1948, in: Politische Weichenstellungen in Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S.88-107.

26 Siehe Gunther Mai: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995, S.231-250.

27 Siehe BArch, Z 45 F OMGUS/ACA DECO/P(46)397. Decart/WP(46)115.

28 Siehe BArch, Z 45 F OMGUS/ACA DECO/M(46)29.

dustrie, die chemische und die Elektroindustrie betroffen waren. Den deutschen Eigentümern und ihren Managern wurde die Verfügungsgewalt über ihre Betriebe entzogen. Das war ein tiefer und harter Einschnitt in die Wirtschaftsstruktur, noch dazu, wo zunächst vieles dafür sprach, dass er dauerhafte Eigentumsveränderungen nach sich ziehen würde. Die SMAD wählte demgegenüber den Weg der Sequestrierung von Betrieben mutmaßlicher Nazi- und Kriegsverbrecher,²⁹ machte aber zugleich mit dem von ihr zugelassenen Volksentscheid deutlich, dass das Ziel deren Enteignung und die Schaffung eines volkseigenen Sektors sei. Im Zuge des Sequestrierungsprozesses wurden im Gebiet der SBZ Betriebe von 129 Konzernen erfasst,³⁰ etwa von AEG, Borsig, BMW, Daimler Benz, Bosch, Degussa, Henkel, Krupp, Mansfeld AG, Mannesmann, Osram, Rütger, Salzdettfurth AG, Schering, Siemens, Stinnes, Telefunken, Thyssen, Wintershall, Zeiss-Jena, die meist ihren Hauptsitz nicht in der SBZ hatten. Die letztlich enteigneten unter den sequestrierten Industriebetrieben bildeten gemeinsam mit den Betrieben der sowjetischen Aktiengesellschaften den ausschlaggebenden Teil der industriellen Großproduktion der Zone. Die größeren Betriebe wurden zunächst in Landeseigentum überführt, das man später in Volks-, d. h. Staatseigentum umwidmete. Die Schaffung einer volkseigenen Industrie war zugleich mit beträchtlichen Veränderungen bei den wirtschaftsleitenden Eliten verbunden. Nur noch 6,2 Prozent der Werksleiterposten waren 1947 von den früheren Direktoren besetzt.³¹ Da sich die Enteignungsaktion in der SBZ gegen „Nazi- und Kriegsverbrecher“ richtete, bedeutete ihr Erfolg unzweifelhaft einen Sieg des Antifaschismus über den Faschismus, eine enorme Verbreitung und Stärkung antifaschistischer Mentalitäten und Befindlichkeiten.³² Die Tatsache, dass Ernst gemacht wurde mit einer radikalen Beseitigung von überkommenen Verhältnissen und Machtstrukturen, die die deutsche Katastrophe verursacht oder mitverursacht und deren Repräsentanten in hohem Maße Schuld auf sich geladen hatten, registrierten die meisten Deutschen mit Genugtuung. Die damit verbundene Umwälzung wurde von vielen als deutliches Zeichen dafür gedeutet, dass in der Ostzone auf veränderten und erneuerten Grundlagen ein alternativer Weg in eine neue Zukunft beschritten wurde. Damit war eine Gesellschaft neuen Typs, wie immer man die benennen mochte, im Entstehen begriffen: Sie basierte auf einer Mehrsektorenwirtschaft ohne privates Großesigentum, war eine Art Mittelstandsgesellschaft also, in der Arbeiter, Bauern, Intellektuelle und andere Mittelschichten sozial dominierten.

29 Siehe dazu näher: Badstübner, Vom ‚Reich‘, S.193-210.

30 Die vollständige Liste aller Betriebe, die als Konzernbetriebe eingestuft und mitsamt Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen und allen ihren Beteiligungen enteignet wurden, hat das Amt zum Schutze des Volkseigentums mit Datum vom 16.6.1950 erstellt. Siehe Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Pr. Br. Rep. 203, Nr. 500, Bl.1-72.

31 Siehe Wolfgang Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949*, München 1987, S.53f.

32 Der Antifaschismus wurde sicher auch „verordnet“ und natürlich propagiert, aber vor allem wurde er von den antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen und Verhältnissen wirksam „produziert“ und auch angenommen.

Im umfangreichen Bericht des Alliierten Kontrollrates an den Rat der Außenminister von Ende 1946³³ konnte – ungeachtet von Meinungsverschiedenheiten – bilanziert werden, dass in der Hauptrichtung beträchtliche Erfolge bei der Realisierung des Deutschlandprojektes durch die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates und durch die Militärregierungen bzw. -verwaltungen in allen Besatzungszonen zu verzeichnen waren. Unter Mitwirkung deutscher Verwaltungen, demokratischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen waren umfassende und tief greifende gesellschaftspolitische Transformationen vollzogen oder zumindest in Gang gesetzt worden. Der große Unterschied zur Situation nach Ende des Ersten Weltkriegs war unverkennbar.

3. Über „Weimar“ und auch über den Kapitalismus hinaus

Allerdings hing Entscheidendes davon ab, ob und wie auch in den Westzonen die allenthalben verkündeten und weithin angestrebten gesellschaftspolitischen Veränderungen verwirklicht werden würden. Mit dem Proteststreik der Ruhrbergarbeiter gegen Hunger und Not, an dem sich am 3. April 1947 334.000 Ruhrkumpels beteiligten, wurde der Forderung „Gruben in des Volkes Hand“ nochmals Nachdruck verliehen. Und als Ergebnis der Standpunktbildung in den deutschen Gewerkschaften verabschiedeten diese auf ihrer IV. Interzonenkonferenz in Garmisch-Partenkirchen Anfang Mai 1947 eine gemeinsame Resolution „Zur Neugestaltung der Wirtschaft“ auf der Grundlage von Gemeineigentum und Wirtschaftsplanung.³⁴ Immerhin erlangten diese Ziele mit der hessischen Verfassung höchsten Rang.³⁵ Die in Artikel 41, über den gesondert abgestimmt werden musste, festgeschriebene Sofortsozialisierung erhielt 72 Prozent Zustimmung.³⁶ Die Bedeutung dieser Verfassung reduzierte sich keineswegs auf Artikel 41 oder den Bodenreformartikel 42, vielmehr war sie insgesamt stark von gesellschafts- und ordnungspolitischen Festschreibungen geprägt, die deutlich über „Weimar hinaus“ wiesen. Damit waren auch im Westen unverkennbar „Dritte Wege“ in Richtung auf eine solidarische Gesellschaft anvisiert.

Folglich ergaben sich viele Berührungspunkte zwischen den in Arbeit befindlichen Verfassungen der Länder und zur Verfassungswirklichkeit in der SBZ. Der hessischen Verfassung gebührt zweifellos ein besonderer Rang unter den damals in den Ländern der amerikanischen und der französischen Zone ausgearbeiteten Verfassungen, nicht wenig von alliierterm Gedankengut fand auch dort Eingang.³⁷

33 Die Version in englischer Sprache liegt im OMGUS-Bestand: BArch, Z 45 F/OMGUS 2/108-2/3-7 Conl/P(47)1-67. Auszüge sind veröffentlicht in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland 1945-1949, Berlin 1968, S.387-416.

34 Abgedruckt bei Albert Behrendt: Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, 4. Aufl., Berlin 1963, S.436f.

35 Siehe Verfassung des Landes Hessen (Gesetzessammlung des Landes Hessen, Nr. 1), Wiesbaden 1948.

36 Siehe Statistisches Handbuch für Hessen 1948, hrsg. v. Statistischen Landesamt, Offenbach 1948, S. 264.

37 Siehe Die neuen deutschen Verfassungen. Zusammengefasst und eingeleitet von Dr.

Dem Sozialisierungsanliegen entsprachen in der britischen Zone Anträge an die Landtage. Auch im neu geschaffenen größten westzonalen Land, in Nordrhein-Westfalen, verabschiedeten Landespolitiker eine bemerkenswerte Regierungserklärung. Vorausgegangen war dem die wirtschaftspolitische Positionierung der CDU der britischen Zone in ihrem Ahlener Programm vom Februar 1947, das mit einer historischen Verurteilung des Kapitalismus eingeleitet wurde und auf eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung“ orientierte. Eine Presseveröffentlichung des Programms trug die Überschrift „Sozialisierung im Sinne der CDU“.³⁸ Damit errang die CDU bei den Landtagswahlen in der britischen Zone am 20. April 1947 einen überraschend deutlichen Wahlsieg.

In seiner Regierungserklärung bekräftigte Karl Arnold (CDU) am 17. Juni 1947: „Das deutsche Volk und insbesondere die Menschen an Rhein und Ruhr sind entschlossen, eine öffentliche Ordnung aufzubauen, die der Wohlfahrt des Volkes und dem Frieden dient. Das gilt insbesondere für die Neuordnung der Wirtschaft. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat sich an seinen eigenen Gesetzen tot gelaufen. [...] Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der Großwirtschaft werden beseitigt und Neubildungen in der Zukunft werden dadurch verhindert, daß die deutschen Grundstoffindustrien (Kohlewirtschaft, die stahl- und eisenerzeugende Industrie sowie die den Markt monopolistisch beherrschende Großchemie) in Gemeinwirtschaft überführt werden. Eine Beteiligung des privaten Großkapitals [...] wird ausgeschlossen. [...] Kriegs- und Naziverbrecher werden entschädigungslos enteignet.“³⁹ Das alles vor Augen, kann man nur den Kopf schütteln über solche Feststellungen wie die, dass die alliierten sowie die deutschen Nachkriegsvorstellungen gänzlich „unterschiedlich“ oder gar „gegensätzlich“ gewesen seien⁴⁰ oder dass nach den Enteignungen in Sachsen 1946 „alles, was auch nur im entferntesten nach Sozialisierung roch, im Westen diskreditiert“⁴¹ gewesen sein soll.

Zweifelsfrei kann man mit Blick auf alle vier Besatzungszonen klare mehrheitliche deutsche Optionen für die Überführung von Grund- und Schlüsselindustrien in – wie auch immer strukturiertes – gemeinschaftliches Eigentum und insbesondere für die Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher festmachen und darüber hinaus Mehrheiten für Bodenreformen zulasten des Großgrundbesitzes sowie für eine gelenkte Wirtschaft, die an den Bedürfnissen des Volkes auszurichten sei, erkennen. Damit wurde faktisch für das angestrebte einheitliche Deutschland ein gesellschaftspolitisches Profil präjudiziert, das nicht nur „über Weimar“, sondern – mehr noch – „über den Kapitalismus hinaus“ wies. Und das bedeutete zugleich, dass die Übergangsgesellschaften, die sich in

Jur. Wilhelm Wegener, Essen/Kettwitz 1947.

38 Rheinische Post, 8.3.1947.

39 Regierungserklärung Karl Arnolds, Landtag Nordrhein-Westfalen, Erste Wahlperiode, Stenogr. Bericht von der 6. Sitzung, o. O. u. J., S.11f.

40 Siehe Horst Möller: 1949 Zwei deutsche Staaten, eine Nation?, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 15.

41 Wolfrum, Demokratie, S.36.

den einzelnen Besatzungszonen und Ländern herausbildeten, ungeachtet aller Modifikationen miteinander kompatibel waren und dass daher die Realisierungschancen für die Konstituierung eines Nachkriegsstaates auf deutscher Seite sehr hoch waren, unbeschadet der Besonderheiten, die sich durch getrennte und eigenständige Entwicklungen ebenfalls herausgebildet hatten.⁴² Die Besonderheiten schienen und waren überbrückbar.

Grundsätzlich erfolgte die Entwicklung in der SBZ bis zum Kalten Krieg im Rahmen des gemeinsamen alliierten Deutschlandprojektes und gesellschaftspolitischer deutscher Mehrheitsoptionen, die sich allerdings in den Westzonen dann doch nicht durchsetzen konnten.

Das aber kann man nicht der Ostzone anlasten, und es wäre falsch, den Neubeginn hier zu einem Sonderweg abzuwerten. Das sahen auch einige, wenngleich wenige bundesdeutsche Historiker zu Bonner Zeiten so, etwa Christoph Kleßmann, der sich damals dezidiert dagegen wandte, die Struktureingriffe einfach als erste Sowjetisierungsphase zu charakterisieren. Kleßmann schrieb: „In der Grundkonzeption war die sowjetische Form der Entnazifizierung in der Verbindung von schnellen und einschneidenden Struktureingriffen mit umfassender, aber gezielter personeller Säuberung und frühzeitiger Reintegration der Mitläufer ohne Zweifel das konsequenteste und effektivste System aller Besatzungszonen.“⁴³ Und ähnlich urteilten damals auch Sontheimer und Bleek, wenn sie betonten: „Alle diese Reformen konnten sich auf allgemeine Richtlinien des Alliierten Kontrollrates berufen.“⁴⁴ In jüngster Zeit allerdings ist davon nicht mehr die Rede, und die Reformen im Osten werden dem „späteren Aufbau eines kommunistischen Systems“⁴⁵ zugeordnet.

Das neue Deutschland, das sich mit einigen Grundlagen und Ansätzen herausgebildet hatte und dessen Konturen und Profile sich schon deutlich abzeichneten, schien vielen im Umfeld der Moskauer Konferenz greifbar nahe – vor allem auch deshalb, weil es ja inzwischen gelungen war, zu Friedensvertragsregelungen

42 Am weitesten ging der Dissens wohl in der Parteienlandschaft. Zweifellos stark „eigen-sinnig“ war der Parteienblock in der Ostzone, der aber zunächst die Selbstständigkeit der Parteien nur einschränkte, nicht aufhob. Der Block begann mit einer Vetoregelung. In ihm dominierte das Credo des Antifaschismus, in den Westzonen war das viel diffuser. Am problematischsten erwies sich die zonal gesonderte Gründung der SED, die zwar keine Zwangsvereinigung schlechthin war, bei der es aber seitens der SMAD Druck und Drangsalierungen von Einheitsgegnern gegeben hatte, in Einzelfällen bis hin zu Verhaftungen und Deportationen. Da aber Stalin bereit war, die SPD in der SBZ wieder zu zulassen, musste der erfolgte Parteienzusammenschluss kein Einheitshindernis sein.

43 Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955 (bpb), Bonn 1982, S.84, siehe auch S.80f.

44 Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek: Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 2. Aufl. Hamburg 1972, S.37.

45 Dies: Grundzüge des politischen Systems Deutschlands (bpb), Bonn 2003, S.34. Für Wehler, der sich mit dem ostdeutschen Nachkriegsweg kaum und schon gar nicht ernsthaft beschäftigt, war das alles „Sowjetisierung“ und „Kommunismus“ von Anfang an. Siehe Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4., S.956-960.

mit den ehemaligen Verbündeten oder Satelliten Nazi-Deutschlands zu gelangen. Viele, die solches erwarteten, brachten dies mit „Dritte Wege“-Vorstellungen in Verbindung – gesellschaftspolitisch wie auch hinsichtlich der Stellung Deutschlands als Brücke zwischen Ost und West.

4. Alliierte Diskrepanzen – zwei Lager

Doch die Chancen für eine Regelung der deutschen Frage standen zunehmend schlecht. Das war nicht nur und nicht einmal hauptsächlich auf Streitpunkte hinsichtlich Deutschlands zurückzuführen, sondern hatte umfassendere Gründe. Als entscheidend erwiesen sich die übergreifenden Interessengegensätze und Konflikte, die sich im Verlauf des Jahres 1946 zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion zugespitzt hatten.⁴⁶ Der von Truman favorisierte „harte Kurs“ gegenüber der Sowjetunion, der zunächst in einer von Ambivalenz geprägten US-Politik nur partiell hatte zum Zuge kommen können, gewann schließlich an Boden und setzte sich Anfang 1947 mit der Ablösung von James F. Byrnes im Amt des Außenministers durch George C. Marshall und dessen Berater George Kennan voll durch.

Auf der anderen Seite hatte sich Stalin zwar an die mit Churchill unter der Hand vereinbarte Aufteilung der Interessensphären in Europa in Vielem gehalten und z. B. bremsend auf die kommunistischen Parteien in Westeuropa eingewirkt sowie in der deutschen Frage weitgehend einen Kooperationskurs verfolgt, zugleich aber den sowjetischen Einflussbereich nicht nur abgeschirmt, sondern hegemonial durchdrungen und in zunehmendem Maße gesellschaftspolitisch gleichgeschaltet. Die Konturen eines aus westlicher Sicht „kommunistischen Ostblocks“ begannen sich abzuzeichnen. Parallel dazu war man im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz schon Mitte 1946 in London und dann auch in Washington zu der Auffassung gelangt, dass die Herstellung der deutschen Einheit unter den gegebenen Bedingungen zu stark unter sowjetischen bzw. ostzonalen Einfluss geraten würde. In London war gar von „Kommunismus am Rhein“ die Rede.⁴⁷ Der müsse vermieden werden, und stattdessen käme es nunmehr vorrangig darauf an, den Westteil Deutschlands in den avisierten Westblock einzu beziehen, der dem „kommunistischen Ostblock“ entgegenzustellen sei. Es gelte zu verhindern, dass Westeuropa „dem Kommunismus anheim“ falle. Infolgedessen kam es auf der Moskauer Konferenz der Außenminister 1947 nicht zu einer Einigung in der deutschen Frage, und ein europäisches Kooperativsystem als Voraussetzung für deren „Lösung“ war nicht in Sicht.

Um die Westblocklösung unter Einbeziehung der Westzonen Deutschlands gegen alle Widerstände und ohne Ansehensverluste durchzusetzen, bedurfte es der mit dem Kalten Krieg beschworenen „Gefahr sowjetischer Expansions- und Aggressionsabsichten“. Sie wurde mit der Truman-Doktrin am 11. März 1947 in die Welt gesetzt. Der Kalte Krieg führte einen weltpolitischen Umsturz zur Teil-

⁴⁶ Ausführlich bei Badstübner, Clash, S.49-72.

⁴⁷ Siehe die außenpolitische Grundsatzdebatte im Foreign Office am 3.4.1946, die das Umdenken in der Frage der deutschen Einheit einleitete. Pro: FO371/55587/C5223.

lung der Welt in zwei feindliche Lager herbei. Er bewirkte den jähen Sturz aus der hoffnungsvollen kooperativen Gestaltung der „One World“ in eine neue Vorkriegszeit. Die jeweilige Lagermentalität obsiegte über Ansätze neuen Denkens und Handelns. Das Zeitalter von Jalta und Potsdam wurde zu Grabe getragen und mit ihm das alliierte Deutschlandprojekt und die Möglichkeiten „Dritter Wege“. Nunmehr handelte jede Besatzungsmacht primär nach ihrer Systemlogik und ihren Machtinteressen. Der Kalte Krieg bewirkte so einen tiefen Bruch auch in der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte, veränderte jäh bisherige Perspektiven, führte zu Wendepunkten in vielgestaltigen Entwicklungssträngen und in den Mentalitäten.

Ernüchterung, ja tiefste Enttäuschung griffen bei vielen, insbesondere Ostdeutschen, um sich. Für viele brach schon kurz nach 1945 wieder eine Welt zusammen. Neue Verunsicherung griff um sich. Aber es gab auch nicht wenige, die frohlockten. Für manchen im Westen war der große Clash zwischen den Siegermächten sozusagen die Befreiung von der Befreiung und ihren Folgen, der Aufbruch in eine neue, auf gesellschaftliche Kontinuität bauende Zukunft. Sie rückten den tiefen Bruch in ein anderes Deutungsmuster und sprachen vom „Silberstreif am Horizont“.

Während die SED nach der Moskauer Konferenz von 1947 gemäß den sowjetischerseits gegebenen Informationen noch davon ausging, dass es auf der geplanten Londoner Konferenz zu einer Verständigung in den deutschen Angelegenheiten kommen werde,⁴⁸ und während auch Ost-CDU und LDP weiter um das Zustandekommen gesamtdeutscher Parteiengespräche bemüht waren, hatte das Gros der westzonalen Politiker anderes im Sinn. In den Westzonen konzentrierte man sich nunmehr schon voll darauf, über einen Ausbau der Bizone zur Trizone zum Westzonenstaat zu gelangen. Kaschiert wurde das mit Einheitsbekundungen, denn die Furcht ging um, mit dem „Odium des nationalen Verrats“⁴⁹ belastet zu werden. Die Münchener Konferenz deutscher Ministerpräsidenten fungierte sozusagen exemplarisch für beides.⁵⁰ Aber schon im Vorfeld von München hatte SPD-Parteivorsitzender Kurt Schumacher in einem abschließenden Gespräch mit westzonalen CDU-Politikern die „nationale Repräsentationspolitik“ endgültig abgelehnt⁵¹ und die Magnet-Theorie zur einzig möglichen deutschlandpolitischen Strategie erklärt: „Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der Einheit Deutschlands möglich, als die ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiß ein schwerer und

48 Siehe Stenographischer Bericht von der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED, Mai 1947, BArch, DY 30/IV 2/1/10, Bl. 12.

49 Hans Maier: Ein Deutscher auf Widerruf, Bd.1, Frankfurt am Main 1982, S.407.

50 Siehe ausführlich in: Badstübner, Clash, S.77-87; siehe auch die scharfe Kritik an der Haltung der westzonalen Ministerpräsidenten bei Rolf Steiniger: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 1, Frankfurt am Main 2002, S.315-321.

51 Siehe Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei, Berlin-Bonn 1982, S.106.

vermutlich langer Weg“, verkündete er im Mai 1947.⁵² Das hieß im Klartext: Ausgrenzung der Ostzone auf unbestimmte Zeit!

Indes, der separatistische Vorgang, der die Weststaatsgründung 1949 war, durfte keiner sein! Es war Carlo Schmid (SPD), der am 17. August 1948 auf dem Verfassungskonvent in Herrenchiemsee in der Grundsatzdebatte ganz im Geiste des Kalten Krieges folgende verfassungs- und staatsrechtliche Position entwickelte, die eine ungeheuerliche Anmaßung beinhaltete:

„Will man einen Staat, so ergeben sich zwei Möglichkeiten. Die eine ist ein Weststaat, d. h. ein echter Staat, der sich aber bewußt auf das Gebiet Deutschlands beschränkt, das heute unter der Jurisdiktion der drei westlichen Besatzungsmächte steht. Eine solche Wahl setzt voraus, daß es ein Weststaatsvolk gibt, daß also die Menschen dieses Staates entschlossen sind, sich nur noch in der Gruppierung als Weststaatsvolk als oberstes Substrat zu fühlen. Eine solche Entscheidung würde notwendig einen separatorischen Vorgang darstellen, auch wenn sie in bester Absicht getroffen würde. Die Folgen brauche ich Ihnen im einzelnen wohl nicht auszumalen.“

Die andere Möglichkeit geht sehr weit. Das deutsche Volk, verkörpert in den deutschen Ländern des Weststaatsgebiets, erklärt, daß es in der Zeit, in der Mittel- und Ostdeutschland außerstande sind, sich auch nur relativ frei zu entscheiden, treuhänderisch für das gesamte deutsche Volk die Aufgabe übernimmt, die deutsche Bundesrepublik zunächst im Westen aufzurichten, dies aber ausdrücklich mit dem Anspruch auf Repräsentanz Gesamtdeutschlands. Das wäre also nicht ein Weststaat, sondern ein Rumpfdeutschland, das den Anspruch erhebt, Gesamtdeutschland zu repräsentieren, und dessen oberste Organe sich für befugt halten, zum mindesten eine legale Autorität auf dem gesamtdeutschen Staatsgebiet zu besitzen. Auch hier lohnt es sich, die Folgen einer solchen Lösung kurz zu überblicken. Eine Folge wäre, daß man die Bevölkerungsteile Mittel- und Ostdeutschlands als Irredenta anzusehen hätte, deren Heimholung mit allen Mitteln zu betreiben wäre. Dem gemäß wären jene, die der gesamtdeutschen Regierung im Westen das Recht zur Vertretung aller Gebiete bestreiten und ihr eine aus anderem Recht abgeleitete Autorität entgegensetzen sollten, als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen.⁵³

Damit waren die „Kernstaats“position und der Alleinvertretungsanspruch begründet, von denen sich der Parlamentarische Rat leiten ließ. Die Ostzone, nachdem man sie „abgekoppelt“ hatte und damit auch mit den Reparationsleistungen an die Sowjetunion allein ließ, wurde zur bloßen „Irredenta“ herabgestuft und ihre Repräsentanten kriminalisiert. Im Grunde nahmen damit die Gründerväter der Bundesrepublik die nachfolgende Sowjetisierung in der SBZ billigend in Kauf!

52 Rede Schumachers vom 31.5.1947, in: Acht Jahre Sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1953, S.26.

53 Rede Carlo Schmid auf dem: Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, Unterausschuss I: Grundsatzfragen, Bd. 1, BArch, Z 12, Nr. 26, Bl. 4f.

Mit der Direktive JCS 1779 des State Departments vom Juli 1947 begann eine Neubestimmung der US-Deutschland- und Besatzungspolitik.⁵⁴ Sie wurde in der Prioritätenskala der antikommunistisch und prokapitalistisch ausgerichteten Westblockpolitik nach- und untergeordnet. Den (West)Deutschen sollten nunmehr die Vorzüge kapitalistischer Marktwirtschaft und westlicher Demokratie nahegebracht werden. Durch „Westernisierung“ und Einbindung sowie Fortsetzung der Kontrolle mit einem Besatzungsstatut wollte man nun der „deutschen Gefahr“ auf völlig andere Art und Weise begegnen.

Vor dem Hintergrund eines drastisch veränderten Freund-Feind-Verhältnisses trat an die Stelle von deutschem Elitenwechsel nun nur noch eine angestrebte „Reorientierung“ oder „Umkehr“ der traditionellen deutschen Eliten. Zwar wurde die volkswirtschaftliche Entflechtung noch abgeschlossen – immerhin brachte sie der westlichen Konkurrenz Vorteile –, aber eine nachhaltige Strukturveränderung setzte nicht ein, denn die Eigentumsverhältnisse blieben weitgehend unangetastet. Bodenreformen verkümmerten zu einem bloßen Siedlungsprogramm. Die Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen NS-Kriegsverbrecher wurden zwar noch durchgeführt, aber den Verurteilten winkten baldige Begnadigungen. Das deutsche Beamtentum blieb unangetastet, die Reeducation versandete bzw. wurde umfunktioniert zur „antikommunistischen Erziehung“. Die Entnazifizierung blieb daher auf halbem Wege stecken und diskreditierte sich selbst („Die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen“). Damit schritt auch die personelle Renazifizierung zügig voran. Eine OMGUS-Analyse ermittelte für September bzw. Dezember 1948 den Anteil ehemaliger Mitglieder der NSDAP in den Kommunen und Verwaltungen sowie der Wirtschaft in den Ländern der US-Zone. Das Ergebnis war ernüchternd und bestürzend zugleich. So lag am 30. September 1948 der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in den Verwaltungen von Württemberg-Baden im „höheren“ und im „gehobenen Dienst“ bei 66,4 bzw. 63,2 Prozent.⁵⁵

In Bezug auf Bayern stellte ein amerikanischer Intelligence Report vom November 1949 fest, dass „die Renazifizierung Bayern weitgehend in den Händen derjenigen belassen hat, die es unter Hitler kontrollierten.“⁵⁶ In den anderen Teilen der westlichen Zonen sah es kaum besser aus. Der nordrhein-westfälische Innenminister Walter Menzel bestätigte in den Debatten des Parlamentarischen Rates, dass in der britischen Zone nicht weniger als 76 Prozent der in Dienst stehenden Staatsanwälte und Richter der NSDAP angehört hatten.⁵⁷

Über das vehicle Marshallplan formierte sich seit Sommer 1947 der Westblock unter Hegemonie der USA.⁵⁸ Die Vision von einem (West)Europa des demokra-

54 Siehe *Germany 1947-1949. The Story in Documents*, Washington 1950, S.33-45.

55 Siehe OMGUS Weekly Intelligence Report, May 1949, BArch, Z 45 F/OMGUS CAD 3/162-3/9.

56 Weekly Intelligence Report, 4th November 1949, BArch, Z 45 F/OMGUS ODI 7/29-3/13-1 (Übersetzung – R. B.).

57 Siehe *Parlamentarischer Rat. Stenographischer Bericht*, Bd. 1, Nr. 3, Dritte Sitzung vom 9.9.1948, (Bonn 1948), S.31.

58 Die USA übten auch massiv auf die Labourregierung Druck aus, sodass diese schließ-

tischen Sozialismus als dritter Kraft war damit passé, westzonale Sozialisierungsbestrebungen gescheitert.⁵⁹ US-Militärgouverneur Clay gab am 14. August 1947 auf einer Pressekonferenz bekannt, dass jeder Sozialisierungsbeschluss in den Westzonen für die Dauer von fünf Jahren ausgesetzt werden würde.⁶⁰ Das schloss auch die Einführung einer erweiterten Mitbestimmung, über die entflochtene Eisen- und Stahlindustrie hinausgreifend, ein.⁶¹ Damit waren die Sozialisierungsforderungen nicht restlos vom Tisch, aber die Aussichten, sie durchsetzen zu können, gingen gegen Null. Dazu trug bei, dass die Bevölkerungsmehrheit in beiden deutschen Übergangsgesellschaften offensichtlich weniger nach Überzeugung als nach Stimmung handelte – und die konnte sich rasch ändern. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges geschah dies auf geradezu dramatische Art und Weise.⁶²

5. Verlust und Gewinn bei der Weststaatsbildung

Der Prozess der Weststaatsbildung schritt im Kontext des sich formierenden Westblocks und der entstehenden NATO über den Ausbau der Bizone zur Trizone, die separate Währungsreform, die „Londoner Empfehlungen“ 1948 und die Ausarbeitung des Grundgesetzes bis zur Bildung der Bundesrepublik Deutschland 1949 trotz Querelen und vieler Stolpersteine relativ zügig voran. Stalins irrwitziger Versuch, ihn mittels der Blockade Westberlins aufzuhalten,⁶³ erreichte genau das Gegenteil: Er beförderte und bestärkte die antikommunistische und antisowjetisch aufgeladenen Westblockmotivationen. Das wiederum trug dazu bei, dass die im Zuge der westzonalen Staatsbildung erfolgende Neuordnung gesellschaftspolitisch einen stark restaurativen Charakter annahm. „Der antifaschistische Konsens hielt [in den Westzonen – R. B.] nicht lange an; der Weg ging vom sozialistischen Antifaschismus zum restaurativen Antisozialismus.“⁶⁴ Mit ihren „Düsseldorfer Leitsätzen“ wandte sich die CDU von der Gemeinwirtschaft ab und der sozialen Marktwirtschaft zu. Da die SPD an ihren an Gemeineigentum orientierten Ordnungsvorstellungen festhielt, wurde die Frage des wirtschaftlichen Ordnungsprofils im Grundgesetz offen gelassen (es ließ

lich ihre Sozialisierungsabsichten preisgab.

59 Ausführlich siehe Badstübner, Vom ‚Reich‘, S.373- 380.

60 Siehe Neue Ruhrzeitung (Essen), 16.8.1947. Dem gemäß wurde dann das vom Landtag NRW im Herbst 1948 mit Mehrheit verabschiedete Gesetz zur Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaus vom britischen Militärgouverneur suspendiert.

61 Clay machte das im Juli 1948 in einem Gespräch mit den Spitzen des DGB unmissverständlich deutlich. Siehe BArch, Z 45 F /OMGUS ODI 7/50-2/12.

62 Siehe Harold Hurwitz: Über das Potential sozialistischer Anschauungen nach 1945, in: ders.: Demokratie und Antikommunismus, Bd. 1, Köln 1983, S.191-209.

63 Diese Feststellung meint nicht die nach der separaten Währungsreform im Juni 1948 notwendigen Absperrungsmaßnahmen, sondern bezieht sich auf deren Beibehaltung und ihren Ausbau zu einer unbefristeten Blockade Westberlins.

64 Hermann Glaser: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948, München-Wien 1985, S.118.

immerhin Enteignungen zu) und künftigen Regelungen vorbehalten. Die großen Verlierer waren die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

Mit der Gründung der Bundesrepublik erfolgte die Regeneration der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung als soziale Marktwirtschaft,⁶⁵ in Gestalt eines „rheinischen Kapitalismus“ und unter weitgehender Beibehaltung bzw. Wiedereinsetzung der traditionellen und nazistischen Funktionseliten. Gemäß der Forderung von Bundeskanzler Konrad Adenauer, erhoben in seiner Regierungserklärung 1949, man wolle nun endlich einen „Schlusstrich“ ziehen, wurden fortan die „Ehemaligen“ nicht nur verstärkt integriert, sondern sie wurden über das „Straffreiheitsgesetz“ sowie das „131er“-Gesetz (benannt nach Paragraph 131 des Grundgesetzes) vom 11. Mai 1952 rehabilitiert und für das im Zuge der Entnazifizierung „erlittene Unrecht“ entschädigt!

So entstand die Bundesrepublik zwar als föderaler, parlamentarisch-demokratischer Rechtsstaat (wenngleich im Stile einer autoritären Kanzlerdemokratie), der aber zugleich mit den gesellschaftspolitischen Positionen und Perspektiven und auch mit dem Antifaschismus der Anfangsjahre gebrochen hatte und vergangenheitspolitisch unsäglich belastet war.⁶⁶ Noch 1967 sah sich Karl Jaspers veranlasst, kritisch anzumerken: „Das Fortwirken der alten Nationalsozialisten ist ein Grundgebrehen der inneren Verfassung der Bundesrepublik.“⁶⁷ Die zunehmend „westernisierte“ bundesdeutsche Gesellschaft war zugleich tief vom Geiste des Kalten Krieges geprägt, mit dem viele traditionelle Denkweisen fortwirkten. Die „oktrozierte Demokratie“ wurde zunächst mehr hin- als angenommen, schließlich aber – im Unterschied zu Weimar – durch das „Wirtschaftswunder“ gesellschaftlich „legitimiert“.

6. Das „andere Deutschland“ und seine Hypotheken

Gegenüber der Bildung des Westzonenstaates verlief die des Ostzonenstaates deutlich komplizierter, widersprüchlicher und geradezu turbulent. Das hing auch, aber nicht nur, damit zusammen, dass von einem zielstrebigem Kurs auf einen Ostzonenstaat keine Rede sein konnte. Dessen Lebensfähigkeit musste bezweifelt werden und wurde bezweifelt. Die Bildung eines separaten Oststaates war nicht, wie oft behauptet, schon lange angedacht oder gar vorbereitet worden, obwohl natürlich durch die faktische Zonalisierung SBZ-eigene Strukturen entstanden waren. Nach den erfolgten Umgestaltungen, die in hohem Maße von einer Mehrheit der Bevölkerung an-, von anderen zumindest hingenommen

65 Allerdings nicht so harmonisch, wie weithin dargestellt. Siehe Jörg Roesler: Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik. Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre „Argumente“ produzieren, Berlin 2008.

66 Siehe Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, 2. Aufl., München 1997; siehe auch ders.: Wirtschaftliche Dynamik und biedermeierliche Restauration, materielle Modernisierung und Kontinuität der nationalsozialistischen Funktionseliten, in: 60 Jahre „Die Zeit“, Erster Teil 1946-1966, S.4. Die Zeit, Februar 2006, Nr. 8, Sonderbeilage; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S.959.

67 Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1967, S.183.

worden waren, sprach eigentlich alles für Konsolidierung und Ausbau, für die Fortsetzung einer Konsenspolitik im Parteienblock und damit in weiterer Perspektive für einen demokratischen Weg zu einem modernen Sozialismus. Doch die mit dem Kalten Krieg sich verändernden Rahmenbedingungen wirkten dem entgegen. Lagermentalität beförderte stalinistische Dogmatik, die Ausrichtung am sowjetischen Modell und sowjetischen Zwang. Das NKVD forcierte seine Tätigkeit in der SBZ, die Geltungskraft sowjetischen Rechts und die Praxis außergerichtlicher strafrechtlicher Ahndung nahmen zu.⁶⁸

In allen Volksdemokratien wurden national besondere Wege nun durch Moskauer Intervention verurteilt, ihre Verfechter verfolgt und inhaftiert, so der Parteivorsitzende Wladyslaw Gomulka in Polen. Das Kesseltreiben gegen Partei- und Staatschef Josip Broz Tito in Jugoslawien tat ein Übriges. In der sowjetischen Besatzungspolitik vollzog sich in diesem Zusammenhang seit Mitte 1948 eine Abkehr von offeneren Positionen und Kompromissformeln, die im Kontext einer abgestimmten Vier-Mächte-Politik gefunden worden waren, hin zu einer „klassenkämpferischen“ Verschärfung im Geiste des „Leninismus“ Stalinscher Prägung und einer Wende in Richtung auf Volksdemokratie. In diesem Sinne wirkte ein der SED-Führung von SMAD-Politoffizier Sergej Tjulpanov übergebenes Memorandum, datiert mit dem 8. Mai 1948,⁶⁹ in dem er die SED-Politik einer scharfen Kritik unterzog. Als grobe Fehler geißelte er Positionen, die im Zusammenhang mit einem „demokratischen Weg zum Sozialismus“ erarbeitet worden waren.

Offensichtlich geriet die SED-Führung geradezu in Panik; denn nur so ist zu erklären, was nun auf der 10. bis 13. Tagung des Parteivorstandes geschah: Der überstürzte Umbau der SED zur „Partei neuen Typus“ begann. Die nun erfolgende Absage an den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ geschah so, als ob es sich dabei von Anfang an um eine falsche und schädliche Theorie gehandelt habe. Walter Ulbricht blies Mitte September 1948 zum verschärften Klassenkampf. Als Zielorientierung formulierte er: „Unsere Aufgabe ist es [...], den Weg der völligen Beseitigung und Liquidierung der kapitalistischen Elemente sowohl auf dem Lande wie in den Städten zu beschreiten. Diese Aufgabe ist, kurz gesagt, die des sozialistischen Aufbaus.“⁷⁰

Mit der einsetzenden Entwicklung zur Partei neuen Typus verbanden sich dogmatische ideologische Verschärfungen, die innerparteiliches wie öffentliches Leben und Mentalitäten negativ beeinflussten. Allerdings geschah parallel und in einem unaufhebbaren Widerspruch dazu etwas, was diesen Kurs konterkarierte oder abmilderte, letztlich freilich nur teilweise korrigierte. Auf einer Beratung in Moskau am 18. Dezember 1948, die für die SED-Führung völlig unerwartet ver-

68 Schätzungsweise erfolgte in SBZ und früher DDR die Verurteilung von 35.000 bis 40.000 Deutschen durch sowjetische Militärtribunale. Rund 80 Prozent wurden in den Neunzigerjahren russischerseits rehabilitiert. Siehe Foitzik, Einleitung zu: Politik, S.36.

69 Siehe Badstübner/Loth, Pieck-Notizen, S.216-227.

70 Stenographische Niederschrift der 13. (27.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 15./16.9.1948, BArch, DY 30, IV 2/1/26, Bl.42.

lief,⁷¹ missbilligte Stalin die volksdemokratische Orientierung und schwor die SED auf den Kampf um die Einheit Deutschlands ein, wobei er in völliger Verkennerung der Realitäten davon ausging, dass die westdeutsche Bevölkerung die Teilung nicht hinnehmen und dass früher oder später eine nationale Protestbewegung zur Einheit führen würde.

Die SED-Führung war abermals konsterniert, folgte aber der Anweisung und machte erneut eine abrupte Wendung. Geradezu drastisch deutlich wurde das in einem Interview Wilhelm Piecks, das er nach der Rückkehr aus Moskau im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten ließ. Hier ging er soweit zu erklären, dass der Deutsche Volksrat niemals[] die Absicht habe, eine ostdeutsche Regierung zu bilden, sondern er werde für die Einheit Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages „solange kämpfen, bis dieses Ziel erreicht sein wird“.sic⁷² In diesem Sinne hieß es nun auf der 1. Parteikonferenz der SED Anfang 1949, im Widerspruch zu vorherigen Äußerungen, aber ohne dies zu reflektieren: „Wir beabsichtigen nicht, nach der Enteignung der Konzernherren und Kriegsverbrecher nun die Enteignung auf heißem oder kaltem Wege weiterzuführen [...] Die Betriebe des volkseigenen Sektors sollen im Wettbewerb ihre Überlegenheit beweisen.“⁷³

Diese richtige und konstruktive Orientierung in Fragen gesellschaftlicher Gestaltungsprozesse war aber keineswegs mit einer gleichzeitigen Kurskorrektur hinsichtlich der „Partei neuen Typus“ verbunden. Die Vorstellung von verschärftem Klassenkampf wurde nicht ausdrücklich kritisiert. So kam es im Zeitraum von 1948 bis 1950 in der Praxis zu einem drastischen Rückgang der Zahl kapitalistischer Betriebe und Großbauernwirtschaften. Die Mehrsektorenwirtschaft blieb dennoch als „nationale Besonderheit“ erhalten.

Gemäß ihrem „leninistischen“ Schwenk ließ die SED nicht von ihrem Ziel ab, die „Macht zu erobern“, und suchte die Blockpolitik in diesem Sinne umzufunktionieren. Dem diente bereits die angestrebte Erweiterung des Blocks durch gesellschaftliche Organisationen und die gezielte Neugründung zweier neuer Parteien im Jahr 1948, der NDPD und der Bauernpartei, die bereit waren, sich diesem Führungsanspruch unterzuordnen. Auf CDU und LDP wurde intensiv eingewirkt – bis deren Führungen 1949/50 schließlich ihre Zustimmung zur Einheitsliste mit einem SED-genehmen Proporz gaben. Dem kam entgegen, dass sich diese „bürgerlichen Parteien“ von ihren westdeutschen „Schwesterparteien“ immer mehr im Stich gelassen fühlten und dass sie von ihnen – sozusagen gemeinsam mit der SED – in die Irredenta-Schublade gesteckt wurden. Erst vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum sich so etwas wie eine ostzonale Schicksalsgemeinschaft herausbildete, die sich nun nolens volens in den Ostblock hineinwachsen sah.

71 Siehe Pieck-Notizen, S.246-274.

72 Neues Deutschland (B), 30.12.1948.

73 Protokoll der Ersten Parteikonferenz der SED, 27. bis 28. Januar 1949, Berlin (1949), S.184.

Die von Stalin bis „5 Minuten nach 12“ verfolgte Orientierung auf die Einheit Deutschlands hatte – wegen der Kürze, aber auch der Inkonsequenzen des „volksdemokratischen Zwischenspiels“ von 1948 – u. a. zur Folge, dass bei Gründung der DDR nur die zuvor ausgearbeitete gesamtdeutsche Verfassung des Deutschen Volksrates zur Verfügung stand und kein separates Oststaats-Grundgesetz.

Damit verfügte die DDR über eine Verfassung, die über „Weimar“, zugleich aber auch im Ansatz über den „gewöhnlichen Kapitalismus“ hinaus wies. Diese umriss die im Osten für ganz Deutschland erarbeitete Perspektive. Sie verankerte die aus dem alliierten Deutschlandprojekt stammenden und den eigenen, den deutschen (Aktions)Programmen von 1945/46, folgenden Forderungen und schrieb die Umgestaltungen und Maßnahmen zur Beseitigung von Faschismus und Militarismus, von Elitenwechsel, Entnazifizierung und Antifaschismus, die Etablierung von Demokratie und Grundrechten fest. Sie fixierte somit ein anderes Deutschland.

Doch im Widerspruch zur Verfassung – und mit Moskauer Plazet – stellte sich das Politbüro der SED über die Volkskammer, die eigentlich das oberste Organ einer Volksherrschaft sein sollte. Sie errichtete eine de facto SED-Diktatur. Die war eingebettet in ein spezifisches „realdemokratisches“ System, das von vielen als das bessere im Vergleich zur Bonner „Formaldemokratie“ verstanden wurde. Dieses politisch praktizierte Demokratieverständnis verfehlte eine gewisse Wirkung vor allem deshalb nicht, weil die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen, wie die der Deutschen überhaupt, über keine wirkliche Demokratieerfahrung verfügte. Die Defizite des politischen Systems mussten außerdem aus der Sicht derjenigen, die sich für das Projekt Sozialismus entschieden, nicht schon das letzte Wort sein.

Und vor allem: Diese Diktatur stand nicht für das Ganze von Staat und Gesellschaft der DDR, sie hatte ihre „Grenzen“. ⁷⁴ Die DDR reduzierte sich nicht auf ihr politisches System, die gesellschaftlichen Lebenswelten keineswegs auf die Systemwelt. So beantwortet sich die eingangs gestellte Frage dahingehend, dass der Neubeginn im Osten tatsächlich „im Zeichen einer radikaleren, glaubwürdigeren, zukunftsweisenderen Absage an die Vergangenheit als der Neubeginn im Westen“ stand. Das gilt eindeutig bis 1947. Bei der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 trat dies angesichts der Entwicklungsbrüche und der daraus resultierenden vergangenheitspolitischen Belastungen der BRD einerseits noch deutlicher zutage, wurde aber andererseits durch politische Defizite im Osten beeinträchtigt. Trotz allem resultierte aus dem ostdeutschen Neubeginn eine Legitimation der DDR, die beschädigt, aber nicht – auch nicht einfach von deren Ende her – historisch aufgehoben wurde. Mit gutem Grund nahmen so viele die DDR so lange als das „andere“, manche als das vergleichsweise „bessere Deutschland“ wahr. Fakt ist zumindest, „dass erstaunlich viele DDR-Bürger [...]

74 Siehe auch Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, Köln-Weimar-Wien 1999.

dazu bereit waren, den Staat und die Gesellschaft mitzugestalten“;⁷⁵ und dass auch deren Lebensgeschichten Respekt verdienen.

Die Geschichte der Berliner Republik ist als eine Doppelbiografie zu schreiben. Dazu gehört, dass die doppelte Staatsgründung entsprechend ins Blickfeld gerückt und der Neubeginn im Osten nach dem Mai 1945 als wichtiger Bestandteil eines solchen Geschichtsbildes behandelt und gewürdigt wird.

75 Mary Fulbrook: Historische Kontroversen seit 1990, in: Views from Abroad – Die DDR aus britischer Perspektive. (hrsg. von Peter Barker, Marc-Dietrich Ohse, Dennis Tate i. A. des Centre for East German Studies und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Bielefeld 2007, S.43; Siehe auch Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 1995.